

Cattenom-Scharmützel vor neuer Runde

Franzosen tricksen Europäischen Gerichtshof aus

Von Gerd Rosenkranz

Berlin(taz) — Einen Monat nach dem der Europäische Gerichtshof den Betrieb der Blöcke I und II des französischen Atomkomplexes in Cattenom für rechtswidrig erklärt hat, demonstriert die Regierung in Paris, was sie von dieser Entscheidung hält: Gar nichts. Mit Datum vom 21. Oktober zog der französische Industrieminister seine illegalen Betriebsgenehmigungen für die beiden 1.300-Megawatt-Meiler vom Februar 1986 zunächst zurück, um dann noch am selben Tag den weiteren Betrieb der Reaktoren mit zwei neuen Genehmigungen abzusichern. Die neuen Erlasse, die die Ableitung flüssiger und gasförmiger radioaktiver Stoffe aus den beiden AKWs regeln, unterscheiden sich in nichts von den Ableitungsgenehmigungen vom Februar 1986. Das höchste europäische Gericht hatte die Genehmigungen kassiert, weil Frankreich die EG-Kommission nicht rechtzeitig vor der Inbetriebnahme über den radioaktiven Ausstoß der Anlage und mögliche Belastungen der Nachbarländer (Saarland, Luxemburg) unterrichtet hatte. Die saarländische Landesregierung, die gemeinsam mit zahlreichen Kommunen und Bürgerinitiativen gegen Cattenom vor Gericht gezogen war, will prüfen, ob die neuen Genehmigungsbescheide erneut vor dem Verwaltungsgerichtshof in Straßburg angefochten werden können. Außerdem überlegt man in Saarbrücken, ob „aufgrund des jahrelangen rechtswidrigen Betriebs der Blöcke I und II“ eine Schadensersatzklage Aussicht auf Erfolg hätte.

Verpatzte Jansen Brokdorf-Ausstieg?

Anti-AKW-Gruppen berieten Atomausstieg im SPD-regierten Schleswig-Holstein / Zweifel an Ausstiegswillen von Energieminister Jansen / Im Dezember wird Klage gegen Brokdorf vor Oberverwaltungsgericht verhandelt

■ taz... Heute bekommt SPD-Energie-Minister Günther Jansen Beifall für Dinge, die er erst machen will - im nächsten Jahr gibt es den Applaus nur noch für Sachen, die er gemacht hat.“ Das sagte der Brokdorf-Kläger und Grünen-Politiker Lars Hennings am Samstag während eines Arbeitseminars der schleswig-holsteinischen AKW-Bewegung in Rendsburg. Damit Jansen aber entscheidende Schritte in Richtung Atomausstieg unternimmt, müsse gesellschaftlicher Druck organisiert werden, um ihn zu unterstützen, aber auch, um ihn in Zugzwang zu bringen. Darüber waren sich die gut 140 VertreterInnen von Bürgerinitiativen, Aktionsgruppen und Parteien (Grüne, DKP und KB) in Rendsburg einig.

Zweifel an Jansens ernsthaften Ausstiegsbemühungen wurden in einem Referat eines weiteren grünen Politikers und Brokdorf-Klägers deutlich. Karsten Hinrichsen aus Brokdorf warf dem Energieminister vor, daß dieser während der kurzen Phase des Stillstands des



foto: hennings scholz

Der grüne Brokdorf-Kläger Lars Hennings wird demnächst gegen den SPD-Energieminister vor dem Oberverwaltungsgericht antreten...

neuesten bundesdeutschen Reaktors im Spätsommer geradezu um eine Weisung aus Bonn gebettelt habe. Hinrichsen zitierte aus einem Brief, den Energie-Staatssekretär Claus Möller an Bundesumweltminister Klaus Töpfer geschrieben hatte. Angesichts zerbrochener

Brennelemente-Zentrierstifte hatte Möller in Vertretung Jansens formuliert: „Bei dieser Sachlage beabsichtige ich, die Zustimmung zum Wiederaufnahmeverfahren nicht zu erteilen. Deshalb erbitte ich Ihre bundesaufsichtliche Stellungnahme beziehungsweise Weisung.“

Dabei hätte das Kieler Ministerium, so Hinrichsen, die Wiederinbetriebnahme unter Berufung auf die „zweite Teilbetriebsgenehmigung vom 3. Oktober 1986“ längerfristig verhindern können. Darin hatte das damalige CDU-Energieministerium vorgeschrieben: „Spätestens zwei Monate vor dem ersten Brennelemente-Wechsel ist mir ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie in Zukunft für die Kernbauteile, Steuerelemente, Neutronenquellen und die Kerninstrumentierung die Notwendigkeit eines Austauschs rechtzeitig festgestellt werden kann.“ Auf diesen Passus der Teilbetriebsgenehmigung hatte sich das Kieler Ministerium im August nicht berufen, obwohl genau diese Auflage von den



...Minister Günther Jansen steht vor der „Nagelprobe“ foto: dirk wildt

AKW-Betreibern im Zusammenhang mit Zentrierstiften nicht erfüllt worden war.

Diese Zusammenhänge bestärkten das Plenum der Anti-AKW-GegnerInnen in der Überzeugung, den Ausstieg nicht allein den in Kiel Regierenden zu überlassen. Mit Spannung warten sie darauf, wie Jansen die zweite Nagelprobe seines Ausstiegswillens besteht. Vom 12. bis zum 16. Dezember wird vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg Hinrichsens Brokdorf-Klage verhandelt. Klagegegner ist das Energieministerium. Viel Hoff-

nung auf kooperatives Verhalten des Ministeriums haben die AKW-GegnerInnen nicht. Denn Jansen baue ausschließlich auf den politisch-taktischen Weg, also auf eine SPD-Mehrheit nach der nächsten Bundestagswahl.

Aus dem Kieler Energieministerium gibt es derzeit weniger Informationen als zu CDU-Zeiten. Auch Gesprächsangebote von Initiativen-VertreterInnen wurden bisher von „Hoffnungsträger Jansen“ nicht wahrgenommen.

In Rendsburg wurde erstmalig von einem landesweiten Plenum - in dem sich „alte“ Gruppen und neue Nach-Tschernobyl-Initiativen trafen - ein integriertes Ausstiegskonzept diskutiert: Einstieg in eine dezentrale, dienstleistungsorientierte Energieversorgung. Widerstand gegen Atomtransporte (von der Landesregierung wird die Bekanntgabe aller Transporte gefordert). Schaffung von gesellschaftlichem Druck für den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Diskussion um künftige Aktionen soll auf der Landeskonferenz am 20. November in Neumünster fortgesetzt werden.

Jürgen Oetting